



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Gesundheitsausschuss

| | |
|--------------------|----------------------------------|
| Es informiert Sie: | Florian Pinnow |
| Telefon: | 02104 99 2253 |
| Fax: | 02104 99 5253 |
| E-Mail: | florian.pinnow@kreis-mettmann.de |

Mettmann, den 09.03.2023

Niederschrift

zur Sitzung des Gesundheitsausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 23.02.2023, 16:30 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann - Verwaltungsgebäude 10, Timocom Platz 1, 40699 Erkrath, Zimmer 04.204

Anwesend waren:

Vorsitz

Carola Rotert

Mitglieder

Susanne Brandenburg

Torsten Cleve

Sandra Ernst

Brigitte Hagling

Gabriele Hruschka

Annette Kirchhoff

Marion Klaus

Ulrich Klaus

Jörg Koch

Petra Kotthaus

ab 16:46 Uhr

Nils Lessing

Gerd Lungen

Markus Meiser

Dirk Niemeyer

ab 16:48 Uhr

Birgit Onori

ab 16:38 Uhr

Margret Stolz

Dietmar Weiß

Solveigh Zieger

Verwaltung

Noah Advena

Antje Arnolds

Anja Büttner

Daniela Hitzemann
Tobias Jahn
Marcus Kowalczyk
Marie Louis
Thomas Müller
Florian Pinnow
Sarah Reiber
Elina Sakellaridou
Frank Schäfer
Christian Schölzel
Agata Simon
Dr. Ruzica Susenburger
David Termin
Dorothea Weiß

Gäste

Katja Neveling

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.11.2022
3. Informationen der Verwaltung
4. Errichtung einer ambulanten Krebsberatungsstelle 53/001/2023
5. Nachtragshaushalt 2023 20/007/2023
6. Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Gesundheitsausschusses aus dem Jahr 2022 53/003/2023
7. Sachstandsbericht des Gesundheitsamtes 53/002/2023
8. Abschlussbericht über das LVR-Förderprogramm "Unterstützung der Kommunen und Kreise im Rheinland beim Ausbau der Angebots- und Koordinationsstrukturen für Kinder und Jugendliche mit psychisch und/oder suchtkranken Eltern"
Hier: Mündlicher Bericht

9. Bericht über die Entwicklung der Verwaltungsverfahren zur Feststellung des Grades einer Behinderung im Jahr 2022 57/002/2023
10. Umstellung der Verwaltungsverfahren zur Feststellung des Grades einer Behinderung auf die vollständige elektronische Akte (eAkte) 57/001/2023
11. Nachträge
- Mehrsprachige Vorbereitung auf Schuleingangsuntersuchungen 53/004/2023
- 11.1. gen
Hier: Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und FDP vom 14.02.2023

Nicht öffentlicher Teil

12. Informationen der Verwaltung
13. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Die Vorsitzende KA Rotert eröffnet die Sitzung um 16:30 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die fristgerechte Versendung der Einladung fest.

Sie teilt mit, dass KA Diedrich durch KA Brandenburg, KA Düchting durch KA Niemeyer, KA Gafari durch KA Ernst, KA Schettgen durch KA Lungen und KA Bisani durch KA Weiß vertreten wird.

Sodann stellt sie die Beschlussfähigkeit fest und merkt an, dass zu Sitzungsbeginn Herr Niemeyer, Frau Kotthaus und Frau Onori fehlen. Sie stellt die Tagesordnung fest. Letztlich wird KA Klaus von der SPD-Fraktion als Berichterstatteerin für den Kreistag benannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.11.2022

KA Hruschka wünscht, dass die Niederschrift eines vorangegangenen Fachausschusses künftig in Mandatos als PDF-Datei an die Einladung des kommenden Gesundheitsausschusses angehängt werde.

Die Verwaltung sichert eine diesbezügliche Prüfung zu. Sodann wird die Niederschrift ohne Änderungen übernommen.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Herr Schäfer berichtet über die Umbesetzungen in zwei Kindertagesstätten. Zum 31.12.2022 sei der Leiter der Heilpädagogischen/Integrativen Kindertagesstätte in Langenfeld, Herr Zimmermann, in den Ruhestand gegangen. Nahtlos habe am 01.01.2023 seine bisherige Vertreterin Frau Wilbers die Nachfolge in der Leitung angetreten. Ihre Stellvertreterin sei Frau Kuypers.

Weiterhin gehe zum 01.07.2023 die Leiterin der Integrativen Kindertagesstätte im Förderzentrum Velbert, Frau Platzek, in den Ruhestand. Für die Nachfolge ist ihr bisheriger Stellvertreter, Herrn Steffens, vorgesehen. Die Besetzung der neuen, stellvertretenden Leitung stehe noch nicht fest.

| |
|---|
| Zu Punkt 4: Errichtung einer ambulanten Krebsberatungsstelle - Vorlage Nr. 53/001/2023 |
|---|

Herr Kowalczyk führt ins Thema ein. KA Hruschka lobt die Verwaltung für die schnelle Umsetzung des Themas. Sie erkundigt sich, ob die angegebenen Finanzierungsbeträge auskömmlich seien, was Herr Kowalczyk bestätigt. Dabei sei entscheidend, dass die Krebsberatungsstelle in der Pilotphase keine Miete zahlen müsse.

KA Ernst bedankt sich für die Vorlage und betont die Wichtigkeit der Krebsberatungsstelle. Sie erkundigt sich hinsichtlich der nötigen Öffentlichkeitsarbeit sowie zum Einsatz von Sprachmittler*innen für die KBS, woraufhin Herr Kowalczyk erklärt, dass selbstverständlich Öffentlichkeitsarbeit zur Krebsberatungsstelle geplant sei. Der Einsatz von Sprachmittler*innen sei beim Träger in Essen nicht nötig gewesen, weshalb man die Sprachmittler*innen vorerst nicht in den Vertrag aufgenommen habe.

KA Stolz legt dar, dass die Krebsbehandlung überwiegend in den umliegenden Städten stattfinde, weshalb sie die Pilotphase für sinnvoll halte, um den tatsächlichen Bedarf zu evaluieren. Fr. Dr. Susenburger entgegnet darauf, dass die Bedarfe bereits im Voraus analysiert wurden.

KA Hruschka erkundigt sich, inwieweit Selbsthilfegruppen eingebunden würden, woraufhin Fr. Dr. Susenburger antwortet, dass die KBS selbstverständlich auf die Selbsthilfegruppen im Kreisgebiet verweist. Anschließend folgt die Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die ambulante Krebsberatungsstelle über den externen Träger „PariSozial Essen gGmbH“ im Kreis Mettmann zu den dargestellten Rahmenbedingungen zu errichten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
bei einer Gegenstimme der AfD-Fraktion.

| |
|---|
| Zu Punkt 5: Nachtragshaushalt 2023 - Vorlage Nr. 20/007/2023 |
|---|

KA Rotert erläutert dem Ausschuss zunächst das Verfahren der Haushaltsberatungen im Gesundheitsausschuss. Sie werde zunächst alle Produkte, soweit der Gesundheitsausschuss für diese zuständig ist, nacheinander aufrufen. Dabei solle zunächst über etwaige Änderungsanträge beraten werden und anschließend über die Produkte. Sobald über die Produkte einer Produktgruppe abgestimmt worden sei, werde über die Produktgruppe abgestimmt und abschließend über den Beschlussvorschlag für die Gesamtvorlage.

Produktbereich 05 (Soziale Leistungen)

Produkt 050101 (Eingliederungshilfe, Fachstelle SGB IX)

Hier liegt eine Haushaltsanfrage der SPD-Fraktion vor.

KA Stolz drückt einfürend ihre Verwunderung über die fehlende schriftliche Antwort der Verwaltung auf die Anfrage ihrer Fraktion aus.

Herr Schäfer kündigt an, dass die schriftliche Antwort auf die Anfrage vom Freitag der Vorwoche aufgrund der sehr kurzen Frist der Niederschrift (als **Anlage 1**) beigefügt werde. Vorweg gibt er zu bedenken, dass das Thema komplexer sei als zunächst angenommen, da es mit anderen Aufträgen zum gleichen Thema inhaltlich abgestimmt werden müsse.

Zur Beantwortung der ersten Frage nach dem Stand eines Inklusionsentwicklungskonzepts berichtet Herr Schäfer, dass hierzu bereits ein Auftrag des Landesgesetzgebers an die Träger der Eingliederungshilfe vorliege. Der LVR als überörtlicher Träger der Eingliederungshilfe schließt mit allen örtlichen Trägern hierüber Kooperationsvereinbarungen. Aufgrund der Corona-Pandemie seien diese Verhandlungen über längere Zeit unterbrochen worden. Nach aktuellem Stand könne jedoch davon ausgegangen werden, dass sie im nächsten Quartal abgeschlossen werden können. Auf dieser Grundlage werden dann zukünftig auch die Verbände der Menschen mit Behinderung, die Sozialdienstleister und die kreisangehörigen Städte eingebunden, um über die weitere Entwicklung der Inklusion vor Ort zu beraten. Außerdem stehe für die Sitzung des Gesundheitsausschusses im August der nächste Zwischenbericht über die Umsetzung der Agenda Inklusion des Kreises an.

Zu den weiteren Fragen über eine Beteiligung am Programm „In Zukunft inklusiv“ führt er aus, dass sich der Fachbereich dazu bereits im September des letzten Jahres mit der Projektleitung ausgetauscht hatte. Da hier der Eindruck entstand, das Programm sei auf die Kreise ausgerichtet, die dieses Thema federführend für ihre kreisangehörigen Städte bearbeiten sollen, wurde davon Abstand genommen. Außerdem setze dieses Programm eine zusätzliche, recht hoch eingruppierte Vollzeitstelle voraus, die hier nicht zur Verfügung stehe und nach den FAQ auch schon in 2022 ausgeschrieben sein musste.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis Produkt 050101:
Einstimmig angenommen, bei einer Enthaltung der AFD-Fraktion.

Produkt 050409 (Behinderung und Ausweis)

Abstimmungsergebnis Produkt 050409:
Einstimmig angenommen, bei einer Enthaltung der AFD-Fraktion.

Abstimmungsergebnis Produktbereich 05:
Einstimmig angenommen, bei einer Enthaltung der AFD-Fraktion.

Produktbereich 07 (Gesundheitsdienste)

Produkt 070101 (Gesundheitsförderung)

KA Ernst erkundigt sich aus welchem Grund die Fallzahlen im Bereich frühe Hilfen rückläufig sei.

Fr. Dr. Susenburger antwortet, die Fallzahlen seien angelehnt an die Zahlen der Vorjahre geplant worden. Die Planung hänge von vielen Faktoren ab und sei daher nicht leicht. In 2020 sei ein besonders hohes Ergebnis erzielt worden. Durch den Wegfall der Clearingstelle sei der persönliche Bezug zu den Ansprechpartner*innen des Teams frühe gesundheitliche Hilfen entfallen, was zu einer Reduzierung der Fallzahlen führe. Der Beratungsbedarf sei jedoch unverändert hoch, bzw. durch die Pandemie vermutlich sogar noch gestiegen. KA Ernst fragt, ob es trotz des Trägerwechsels möglich sei, die Kennzahlen der Clearingstelle nachzuliefern, was Fr. Dr. Susenburger verneint. Sie unterstreicht jedoch, dass das Gesundheitsamt und die Frühen gesundheitlichen Hilfen im ständigen Austausch mit den Krankenhäusern und Kinderärzt*innen seien.

Abstimmungsergebnis Produkt 070101:
Einstimmig angenommen, bei einer Enthaltung der AFD-Fraktion.

Produkt 070102 (Gesundheitsbezogene Hilfen)

Hier liegt ein Veränderungsantrag der Verwaltung vor:

Thema: Errichtung einer ambulanten Krebsberatungsstelle (KBS) für den Kreis Mettmann. Bereits in der Kommunalen Konferenz Gesundheit, Alter und Pflege (KKGAP) und im Gesundheitsausschuss wurde die Einrichtung eines für den Kreis Mettmann flächendeckenden Beratungsangebotes für Betroffene, Angehörige und Interessierte vorgestellt und befürwortet. Von Krebs Betroffene sollen bei unterschiedlichen Problemsituationen, die im Laufe der Erkrankung auftreten, begleitet und entsprechende Hilfen vermittelt werden. In einer Pilotphase soll über den externen Träger "PariSozial Essen gGmbH" eine ambulante Krebsberatungsstelle (KBS) für den Kreis Mettmann errichtet werden. Die Pilotphase soll voraussichtlich vom 01.07.2023 bis zum 30.06.2025 laufen und vor Ende der Laufzeit evaluiert werden. Eine anschließende Ausweitung der Krebsberatungsstelle im Kreis Mettmann ist nicht ausgeschlossen. Für die Pilotphase wurde ein möglicher Förderbetrag des Kreises i.H.v. rd. 35.000,00 € errechnet. Eine ausführliche Sachverhaltsdarstellung ist der Vorlage 53/001/2023 zu entnehmen

**Abstimmungsergebnis zu dem Veränderungsantrag:
Einstimmig angenommen, bei einer Enthaltung der AFD-Fraktion.**

**Abstimmungsergebnis Produkt 070102:
Einstimmig angenommen, bei einer Enthaltung der AFD-Fraktion.**

Produkt 070103 (Psychosoziale Versorgung)

KA Hruschka fragt, ob die halbe Stelle für die Errichtung des Bündnisses gegen Depressionen aus dem Beschluss des Kreistages aus Dezember 2022 aus dem Personalbestand käme. Im Stellenplan habe sie dazu nichts gefunden. Herr Kowalczyk antwortet, dass die halbe Stelle zwischenzeitlich in den Stellenplan aufgenommen wurde.

KA Ernst möchte die Gründe für die Veränderungen der Kennzahlen des SpDi erfahren. Außerdem regt sie an, die Krebsberatungsstelle und das Bündnis gegen Depressionen in die Produktbeschreibung aufzunehmen. Fr. Dr. Susenburger sagt eine genauere Antwort für das Protokoll zu.

Nachrichtlich: Leistungskennzahl: Die Anzahl der Klienten des sozialpsychiatrischen Dienstes scheint vorrangig durch Corona höher gewesen zu sein. Die hohen Fallzahlen kamen durch telefonischen Erstkontakt zustande. In vielen Fällen blieb es beim Erstkontakt. Ab 2021 war das Fallzahlniveau auf Vorpandemielevel.

Wirkungskennzahl: Der Fallzahlenabfall ist auf die Corona-Pandemie zurückzuführen. Viele Einrichtungen mussten in der Pandemie schließen. Ab 2021 sind die Fallzahlen in etwa auf dem Vorpandemielevel.

**Abstimmungsergebnis Produkt 070103:
Einstimmig angenommen, bei einer Enthaltung der AFD-Fraktion.**

Produkt 070201 (Gesundheitsschutz)

**Abstimmungsergebnis Produkt 070201:
Einstimmig angenommen, bei einer Enthaltung der AFD-Fraktion.**

Produkt 070301 (Amtsärztliche Aufgaben)

KA Hruschka erkundigt sich, ob die Amtsärztlichen Untersuchungen wieder in vollem Umfang seien, was Fr. Dr. Susenburger bejaht.

Abstimmungsergebnis Produkt 070301:

Einstimmig angenommen, bei einer Enthaltung der AFD-Fraktion.

Abstimmungsergebnis Produktbereich 07:

Einstimmig angenommen, bei einer Enthaltung der AFD-Fraktion

Anschließend erfolgt die Gesamtabstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den vorliegenden Entwurf des Nachtragshaushaltes für das Haushaltsjahr 2023 – soweit er in seine Zuständigkeit fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

bei einer Enthaltung der AfD-Fraktion.

| |
|--|
| Zu Punkt 6: Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Gesundheitsausschusses aus dem Jahr 2022 - Vorlage Nr. 53/003/2023 |
|--|

Herr Kowalczyk fasst die Entwicklungen der offenen Beschlüsse zusammen. KA Hruschka erkundigt sich anschließend, ob die Umsetzung des Antrages der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zwischenzeitlich erfolgt sei, was Herr Kowalczyk bejaht.

Anschließend ergänzt KA Hruschka, dass sie von der Verwaltung einen Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Gesundheitsausschusses im 2. Quartal erwarte, unter welchem die Verwaltung die konzeptionelle Umsetzung des Bündnisses gegen Depressionen darlegt. Kowalczyk sichert die gewünschte Vorlage zu.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge aus dem Jahr 2022 (Anlage) zur Kenntnis.

| |
|--|
| Zu Punkt 7: Sachstandsbericht des Gesundheitsamtes - Vorlage Nr. 53/002/2023 |
|--|

KA Stolz erkundigt sich, ob die ausstehenden Masernschutznachweise überwiegend die Kinder oder die Betreuer*innen betreffe. Frau Dr. Susenburger erläutert, dass sich die meisten Fälle in der jungen Alterskohorte befänden. Ferner seien zwei Konfliktfälle ausgemacht worden, bei denen die Echtheit der eingereichten Dokumente in Frage gestellt wird. Sie verspricht den Ausschuss laufend zu informieren.

KA Lessing wirft die Frage auf, ob die Mehrzahl an Fällen ohne Impfnachweis auf Impfverweigerer*innen oder eher auf soziale Probleme zurückzuführen sei. Fr. Dr. Susenburger bekräftigt, dass das Thema „Impfverweigerung“ durch die Corona-Pandemie deutlich relevanter geworden sei, weshalb das Beratungsangebot ausgeweitet worden sei.

KA Hruschka bittet um eine genauere Erläuterung zu der Neustrukturierung der Abteilung 53-6 und der Aufgabenverteilung. Fr. Dr. Susenburger legt dar, dass sich die Abteilung in den kommenden Monaten noch weiter verändern wird, da im Bereich Pandemiemanagement Personal reduziert werde. Über diese Umstrukturierungen werde der Ausschuss fortlaufend informiert. Anschließend ergänzt KA Hruschka die Bitte im kommenden Ausschuss, die im Sachstandsbericht genannte Thematik des „Herausfordernden Verhaltens und Gewaltschutz in Einrichtungen für Menschen mit geistigen Behinderungen“ vorzustellen.

KA Ernst erkundigt sich nach dem genauen Zeitraum, in dem keine Untersuchungen des KJGD in Erkrath stattfanden, woraufhin Fr. Dr. Susenburger angibt, dass der Zeitraum mit ca. fünf Wochen zu beziffern sei und in Zusammenhang mit dem Umzug des Gesundheitsamtes stand.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 8: Abschlussbericht über das LVR-Förderprogramm "Unterstützung der Kommunen und Kreise im Rheinland beim Ausbau der Angebots- und Koordinationsstrukturen für Kinder und Jugendliche mit psychisch und/oder suchtkranken Eltern"
Hier: Mündlicher Bericht

Fr. Arnolds und Fr. Neveling von der Caritas Mettmann erläutern gemeinsam das LVR-Förderprogramm „Unterstützung der Kommunen und Kreise im Rheinland beim Ausbau der Angebots- und Koordinationsstrukturen für Kinder und Jugendliche mit psychischen und/oder suchterkrankten Eltern“ anhand einer Power-Point Präsentation. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

Nach dem Vortrag bedankt sich Fr. Arnolds für die jahrelange erfolgreiche Zusammenarbeit des SpDi mit dem Gesundheitsausschuss und verabschiedet sich von den Anwesenden. Herr Kowalczyk verabschiedet Fr. Arnolds anschließend.

KA Lessing kritisiert die generelle Befristung von Projekten auf zwei Jahre und unterstreicht seinen Wunsch, derartige Projekte im Kreis zu verstetigen.

Fr Arnolds hebt die Möglichkeit der Verstetigung der Kooperationen durch sorgfältige Vorausplanung hervor. Fr. Neveling ergänzt, dass es auch möglich sei, politische Steuerung durch Haushaltsanträge im Ausschuss auszuüben.

KA Zieger erkundigt sich, ob die unauffälligen Suchtkranken auch mit einbezogen worden seien, was Fr. Neveling bejaht. Fr. Arnolds fügt hinzu, dass außerdem die Hebammen im Kreisgebiet einbezogen würden, da diese insbesondere gefährdete Schwangere ansprechen könnten.

KA Stolz regt an, Schwangere über das Thema Fetale Alkoholspektrumstörung (FASD) auch auf der Website des Kreises aufzuklären, sobald diese neugestaltet wurde. Herr Kowalczyk unterstützt diese Idee.

KA Hruschka regt an, die Digitalisierung des Themas zu fokussieren.

KA Niemeyer fragt nach dem Unterschied zwischen suchtkranken Menschen und Menschen die unter Alkoholmissbrauch leiden. Fr. Arnolds erläutert, dass eine Suchterkrankung bedeute, dass die betroffenen Menschen nicht in der Lage seien, den Alkoholkonsum aufzugeben bzw. einzuschränken. Es besteht eine psychische und/ oder körperliche Abhängigkeit. Der Alkoholmissbrauch kennzeichne sich dadurch, dass die Betroffenen durchaus ihren Konsum vorübergehend unterbinden können, jedoch dauerhaft zu viel/ gesundheitsgefährdend Alkohol trinke, allerdings ohne Abhängigkeitssymptome zu entwickeln.

KA Niemeyer hebt die Dunkelziffer an Betroffenen als das größte Problem hervor und möchte den Personalbedarf für eine kreisweite Verstetigung wissen.

Hierauf entgegnet Fr. Arnolds, dass ein weiterer Personalbedarf nicht zwingend wäre, da bereits die beiden zur Bearbeitung des Themas FASD zertifizierten engagierten Kolleg*innen im Gesundheitsamt arbeiteten. Diese schulten andere Kolleg*innen als Multiplikator*innen und sensibilisierten sie, um mögliche Fälle zu erkennen. Für die Beratung von Familien mit Suchtproblemen bräuchte man jedoch mehr Personal.

Fr. Neveling ergänzt, dass sie die Aufstockung der Ressourcen der Jugendämter für sinnvoll halte, da diese oft ein großes Potential hätten, Fälle von FASD früh zu erkennen und eine entsprechende Förderung zu ermöglichen.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

| | |
|--------------------|---|
| Zu Punkt 9: | Bericht über die Entwicklung der Verwaltungsverfahren zur Feststellung des Grades einer Behinderung im Jahr 2022 - Vorlage Nr. 57/002/2023 |
|--------------------|---|

KA Stolz lobt die Arbeit des Amtes 57 und pflichtet der Vorlage bei. Sie vermutet, dass die Fallzahlen nun wieder deutlich steigen könnten, da nun viele Untersuchungen nachgeholt würden, die während der Corona-Pandemie aufgeschoben worden seien. Diese Einschätzung wird auch von Herrn Schäfer geteilt.

KA Hruschka erkundigt sich, ob die Nachbesetzungen im versorgungsärztlichen Dienst auskömmlich seien, was Herr Schäfer bejaht.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

| | |
|---------------------|--|
| Zu Punkt 10: | Umstellung der Verwaltungsverfahren zur Feststellung des Grades einer Behinderung auf die vollständige elektronische Akte (eAkte) - Vorlage Nr. 57/001/2023 |
|---------------------|--|

KA Hruschka fragt nach dem Zeitfenster, in welchem der externe Dienstleister die Digitalisierung der Bestandsakten fertigstellen könne. Herr Schäfer erläutert, dass die eigentliche Planung vorsehe, dies bis zum Ende des Jahres 2023 abzuschließen. Dieser Zeitplan sei möglicherweise aber nicht einzuhalten. Man stehe hierzu bereits mit diesem Dienstleister in Kontakt, allerdings sei dessen Vertragspartner das KRZN.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

| | |
|---------------------|------------------|
| Zu Punkt 11: | Nachträge |
|---------------------|------------------|

| | |
|-----------------------|--|
| Zu Punkt 11.1: | Mehrsprachige Vorbereitung auf Schuleingangsuntersuchungen Hier: Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und FDP vom 14.02.2023 - Vorlage Nr. 53/004/2023 |
|-----------------------|--|

KA Hruschka führt zunächst aus, dass sie es für wichtig halte, die Sprachbarrieren und dadurch auch die Hemmschwellen zu senken. Als Vorbild könne die Stadt Köln dienen, welche mehrsprachige Elternbriefe auf ihrer Website anbiete.

Fr. Dr. Susenburger erklärt, dass das Gesundheitsamt diesen Punkt bereits aufgegriffen habe und ebenfalls an der Bereitstellung mehrsprachiger Elternbriefe arbeite. Hierzu befindet sich das Gesundheitsamt in enger Absprache mit der Stadt Köln. Mit Beginn des Zustroms geflüchteter Menschen aus der Ukraine im vergangenen Jahr sei der Fokus hier nochmals verstärkt worden. Die Untersuchungen selbst seien jedoch standardisiert und ein Angebot in mehreren Sprachen daher nicht möglich. Ein Kontakt zur Stadt Köln sei bereits hergestellt.

KA Hruschka bittet daraufhin um regelmäßige Berichterstattung.

KA Brandenburg regt an, das Angebot der Sprachen an den Kreisgegebenheiten zu orientieren, woraufhin Fr. Dr. Susenburger ausführt, dass der Kreis diesbezüglich im Austausch mit dem Kreisintegrationszentrum stehe.

Abschließend hebt Herr Kowalczyk hervor, dass es keine Bevölkerungsgruppe im Kreisgebiet gebe, die nicht zu den Untersuchungen komme.

KA Kirchhoff dankt der Verwaltung für die ausführliche Berichterstattung in der Corona-Pandemie, bevor KA Rotert die Nichtöffentlichkeit herstellt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach einer praktikablen Möglichkeit zu suchen, um Familien mehrsprachig auf die Schuleingangsuntersuchungen vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 18:24 Uhr

gez.
Carola Rotert

gez.
Florian Pinnow